



## SCHLUSS MIT DEN MYTHEN

### Ob Griechenlandkrise oder Erweiterung: Europa muss der Realität ins Auge sehen

In der Schule haben wir gelernt, wie das mit Europa seinen Anfang nahm: Zeus, höchster Gott der griechischen Mythologie, begehrte einst eine Jungfrau. Um sie zu bekommen, verwandelte er sich in einen Stier und entführte die Phönizierin schwimmenderweise über das Mittelmeer nach Griechenland. Nach der hinterrücks Entführten wurde der neue Kontinent „Europa“ getauft.

Europa hat den Griechen viel zu verdanken, doch die Gegenwart sieht düster aus: Der griechische Stern hat schon einmal heller gestrahlt. Und die EU, mit ihren Sparauflagen und Ratschlägen, steht bei den Nachfahren von Zeus und Europa derzeit auch nicht gerade hoch im Kurs. In erster Linie richtet sich der Zorn, insbesondere der jungen Griechen, jedoch gegen ihre eigene politische Klasse. Die Generation ihrer Eltern hat jahrelang über die eigenen Verhältnisse gelebt, die Gewerkschaften haben den Staat aufgebläht und die Politik hat weggeschaut.

Die Griechen müssen nun ihre Hausaufgaben machen. Das gilt auch für die konservative Oppositionspartei, die sich in der Vergangenheit nicht nur mit Ruhm bekleckert hat. Es muss eine verantwortungsvolle Lösung auf Basis eines breiten Konsens gemeinsam mit der Regierung gefunden werden. Dies ist nicht die Zeit für parteitaktische Spiele - dafür ist die Lage zu ernst.

Für die jungen Griechen, die an dieser Entwicklung keine Schuld tragen, ist es eine herbe Botschaft: der Staat ist finanziell am Ende und harte Veränderungen stehen an. Europa

muss jetzt der Realität ins Auge sehen und die nötigen Schritte einleiten. In der Finanzkrise 2008 hat die EU schon einmal Verantwortung gezeigt. Mit dem gleichen Realitätssinn wird Europa und der Euro auch diese Krise meistern.

### Erweiterung mit Augenmaß

Ein ähnliches Augenmaß würde ich mir auch bei den anstehenden Erweiterungen wünschen. Kroatien, so die Empfehlung der Kommission, könnte im Juli 2013 bereits Vollmitglied der EU werden. Experten warnen jedoch vor Defiziten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit.

*Helmut Schmidt*

hätten die Menschen in der EU in diesen Zeiten berechtigterweise kein Verständnis.

Gleiches gilt für Island, das in diesen Tagen in die konkrete Phase der Beitrittsverhandlungen eintritt. Der Inselstaat ist bereits Wirtschaftsraum-Mitglied, Schengen-Mitglied und erfüllt 75% der Binnenmarktgesetze. Doch die Isländer wollen sich ihre Fischerrechte nicht nehmen lassen und bei der Schuldentrückzahlung gibt es noch große Konflikte mit den Niederlanden und Großbritannien. Auch hier würde uns ein wenig mehr Realismus durchaus gut tun.

*Daniel Caspary*

### ROAMINGGEBÜHREN GESENKT



Sommerzeit ist Reisezeit - und das Handy kommt natürlich mit. Damit Sie hinterher nicht zur Schuldnerberatung müssen, hat die EU Preisobergrenzen festgeschrieben. Diese werden nach Willen der Kommission weiter gesenkt: Eingehende Anrufe dürfen ab Juli 2013 nur 10 Cent kosten, ausgehende Gespräche maximal 24 Cent.

Auch beim Daten-Roaming tut sich endlich etwas: Für das mobile Surfen darf ab Juli 2012 nur 90 Cent pro Megabyte berechnet werden, ab Juli 2013 lediglich 70 Cent und ab Juli 2014 sogar nur 50 Cent. Alle Preise sind ohne Mehrwertsteuer. Im Parlament setzen wir alles daran, dass diese Grenzen zum Sommer 2012 auch greifen. Bitte prüfen Sie bis dahin Ihre Konditionen für das Daten-Roaming vor Abreise genau!

### DOSSIER: KERNKRAFT IN EUROPA



Nächster Halt erneuerbare Energien, bitte alles Aussteigen? Wie halten es Deutschlands Nachbarn mit der Kernkraft? Mehr dazu in unserem Dossier auf der Rückseite.

# WER STEIGT AUS?

**Nach Fukushima hat Deutschland das Risiko der Kernkraft neu bewertet - doch was machen eigentlich unsere europäischen Nachbarn? Ein kurzer Überblick.**



Günther Oettinger ist dieser Tage ein gefragter Mann. Seit Fukushima steht das Thema Energie wieder ganz oben auf der Agenda und für Energie ist in Europa der Deutsche zuständig.

Bei seiner Ernennung zum EU-Kommissar vor einem Jahr musste unser ehemaliger Ministerpräsident noch einige Kritik einstecken: zweite Wahl sei er gewesen, das Ressort werde dem Gewicht Deutschlands nicht gerecht - und dann auch noch diese Aussprache. Die Kritik ist mittlerweile verstummt, Oettinger ist in Europa angekommen.

## Stress für Oettinger

Heute wacht der 57-jährige an zentraler Position über die Stresstests, die sich Europa nach dem Reaktorunglück in Japan selbst auferlegt hat: „Man kann sich nicht von heute auf morgen früh dieser Kraftwerke für den Strombedarf von Industrieländern Europas entledigen“, so Oettinger. „Aber klar ist, die Energiepolitik beginnt jetzt von Grund auf neu“.

Doch die Kompetenz der Kommission ist in dieser Frage begrenzt: die Mitgliedstaaten entscheiden selbst über die Zusammensetzung ihres Energiemixes. Und dieser Entscheidungsfindungsprozess führt nicht überall zum gleichen Ergebnis. Im Wesentlichen lassen sich vier Gruppen von Staaten ausmachen:

## Die Gruppe der Aussteiger

Innerhalb der EU ist Deutschland bislang am weitesten vorgeprescht: Die während des Moratoriums ruhenden Reaktoren werden stillgelegt und bis 2022 soll der letzte deutsche Meiler vom Netz gehen. Konkrete Jahreszahlen nennt neben der Bundesrepublik ansonsten nur die Schweiz: Das

Nicht-EU-Land will seine Meiler allerdings erst zwölf Jahre später abschalten. Auch in Italien gab es nach Fukushima ein Umdenken: der Wiedereinstieg in die Kernkraft nach zwei Jahrzehnten Abstinenz war bereits beschlossene Sache - doch im Juni haben die Italiener den Plänen der Regierung Berlusconi eine deutliche Absage erteilt.

Die Belgier und die Niederländer hatten zunächst die Abkehr von der Kernenergie durchgeboxt - um dann den Ausstieg vom Ausstieg zu beginnen. In Spanien hatte die Regierung Zapatero bei der Machtübernahme 2004 das Ende der Nuklearenergie verkündet, bis heute aber keine konkreten Daten genannt. Alle vier Länder sehen derzeit keinen Grund, ihre Politik wegen der Ereignisse in Japan zu ändern.

Land	Reaktoren	Geplant	Reaktion auf Fukushima
Belgien	7	-	Abwarten von Stresstests
Bulgarien	2	2	Dreimonatiges Moratorium, Neubewertung eines Bauvorhabens
Deutschland	17	-	Stilllegung von acht Anlagen, vollständiger Ausstieg bis 2022
EU	143	6	Stresstests durch nationale Aufsichtsbehörden bis Ende 2011
Finnland	4	3	Sicherheitsbericht angefordert, kein Baustopp
Frankreich	58	2	Neubewertung durch nationale Sicherheitsbehörde
Großbritannien	19	-	Bericht der zuständigen Aufsichtsbehörde angefordert
Italien	-	-	Wiedereinführung der Kernenergie per Referendum gestoppt
Niederlande	1	1	Weiterführung der Neubaupläne
Polen	-	2	Weiterführung der Neubaupläne
Rumänien	2	2	Keine Veränderung bei der Haltung zur Kernenergie
Schweden	10	-	Alte Reaktoren sollen zum Ende der Laufzeit ersetzt werden
Schweiz	5	-	Alte Reaktoren sollen auslaufen, vollständiger Ausstieg bis 2034
Slowakei	4	-	Keine Veränderung bei der Haltung zur Kernenergie
Slowenien	1	-	Keine Veränderung bei der Haltung zur Kernenergie
Spanien	8	-	Keine Veränderung bei der Haltung zur Kernenergie
Tschechien	6	-	Weiterführung der Neubaupläne
Ungarn	-	-	Keine Veränderung bei der Haltung zur Kernenergie

## Nucléaire oui!

In einer vierten Gruppe von Staaten wird das Thema Kernkraft traditionell weniger kritisch gesehen. Frankreich und Großbritannien verfügen mit 58 bzw. 19 Reaktoren über die meisten Kraftwerke in Europa. Bei den Franzosen hat die Kernenergie einen Anteil von 75% an der Gesamtstromerzeugung - mit einem baldigen Ausstieg ist hier nicht zu rechnen.

Auch in Finnland, den baltischen Staaten, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Rumänien und Bulgarien ist keine veränderte Haltung zur Kernkraft auszumachen. In Polen

gibt es seit Japan erstmals eine kritische Gegenöffentlichkeit - doch bislang gilt die Kernkraft dort als unverzichtbar, um die Abhängigkeit von der Kohle und russischem Gas zu verringern.

Die Positionen in Europa zur Kernenergie sind also nach wie vor unterschiedlich. Etwa ein Drittel der in der EU verbrauchten Elektrizität und 15% ihres Energieverbrauchs werden derzeit von Kernkraftwerken erzeugt. Der deutsche Ausstieg wird diesen Anteil verringern - ein Konsens ist jedoch nicht zu erkennen.

## Atomkraft? Nein, Danke!

Daneben gibt es eine ganze Reihe an Staaten in der EU, die keine Kraftwerke besitzen und auch keine bauen wollen: Österreich, Dänemark, Irland, Portugal, Griechenland, Estland, Lettland und einige kleinere Staaten gehören zu dieser Gruppe.

## Wir diskutieren noch

In einer weiteren Gruppe von Staaten wird die Kernkraft seit Jahren kontrovers diskutiert. Schweden wollte eigentlich zum Jahr 2010 abschalten - hat aber 2009 eine Laufzeitverlängerung beschlossen.



Mehr zur Kernkraft in Europa unter:  
[www.bit.ly/eu-kernenergie](http://www.bit.ly/eu-kernenergie)

## Webseite

Besuchen Sie mich doch einmal online! Sie finden auf meiner Webseite Pressmeldungen, Servicethemen, aktuelle Termine und Links zu meinen Profilen auf Facebook, Twitter & Co.: [www.caspary.de](http://www.caspary.de)

## Newsletter

Die EUROPAMAIL bringt Sie regelmäßig zu den Plenartagungen in Straßburg auf den neuesten Stand. Die wichtigsten Themen, ansprechend aufbereitet und verständlich kommentiert: [www.caspary.de/newsletter/](http://www.caspary.de/newsletter/)

## Kontakt

Bürgerbüro Daniel Caspary MdEP  
Belchenstraße 27 in 76297 Stutensee  
Tel: 0721 / 38 48 010 | Fax: 0721 / 38 48 011  
eMail: [daniel@casparry.de](mailto:daniel@casparry.de)